

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1)

China eröffnet erste Container-Linie nach Westeuropa

Am 1. August 1983 wurde Chinas erste regelmäßige Container-Schiffahrtslinie nach Westeuropa eröffnet. Das Container-Schiff der Shanghai Übersee-Schiffahrtsgesellschaft mit dem Namen "Weihe" verließ an diesem Tag den Hafen von Shanghai. Die Gesellschaft teilte mit, daß es auf der neuen Linie monatlich zwei Fahrten geben werde. Vor ihrer endgültigen Reise nach London, Antwerpen, Rotterdam und Hamburg werden die Schiffe nach Tianjin und Shanghai anlaufen und auch in Hong Kong und Singapur Zwischenstationen einlegen. Die Shanghai Übersee-Schiffahrtsgesellschaft wird in Kürze weitere fünf Container-Schiffe auf der Westeuropa-Linie einsetzen (XNA, 1.8.83).

Das Ereignis ist im Zusammenhang mit dem "Modernisierungskurs" Chinas sowie den Bemühungen der chinesischen Außenpolitik zu sehen, engere Beziehungen zu Europa zu knüpfen.
-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2)

Der Stand der chinesisch-sowjetischen Beziehungen am Vorabend der dritten Verhandlungsrunde

Im Oktober 1983 wollen China und die Sowjetunion ihre Verhandlungen über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen wieder aufnehmen. Die Sondierungsgespräche für die 3. Verhandlungsrunde waren im Herbst 1982 auf der Ebene der stellvertretenden

Außenminister beider Länder in Beijing begonnen und im März in Moskau fortgesetzt worden.

Angeblich hat die Sowjetunion der VR China die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts vorgeschlagen - ein Angebot, das allerdings von den Chinesen unter Hinweis auf die drei Grundbedingungen einer Normalisierung (Afghanistan, Indochina, Rückzug der sowjetischen Truppen von der chinesischen Grenze) abgelehnt wurde. (Letzteres XNA, 1.8.83)

Dessenungeachtet ist es seit der zweiten Verhandlungsrunde (1.-15. März 1983) (ausführlich dazu C.a., April 1983, Ü 1) zu einer noch weiteren Verbesserung der beiderseitigen Atmosphäre gekommen.

Auf zwischenstaatlicher Ebene haben Einladungen stattgefunden: Unter anderem wurde Michael Kapitsa, stellvertretender sowjetischer Außenminister, im Juli nach China eingeladen. Im Gegenzug empfing Außenminister Gromyko demonstrativ den Botschafter der Volksrepublik China in Moskau (6.7.83).

Am 28. Dezember hatte China der Sowjetunion zum sechzigsten Gründungstag der UdSSR ein Gratulationsschreiben zukommen lassen (XNA, 30. Dezember 1982), allerdings keine offizielle Delegation nach Moskau entsandt. Lediglich an den Jubiläumsfeiern in der sowjetischen Botschaft in Beijing nahmen einige hochgestellte Persönlichkeiten teil, unter anderem der frühere Außenminister Huang Hua (XNA, 21.12.82). Des Weiteren veranstalteten die Gesellschaft des Chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland und die Chinesisch-Sowjetische Freundschaftsgesellschaft Jubiläumsfeiern.

Was die Verhandlungen zwischen beiden Staaten anbelangt, so machte China deutlich, daß es mit sich nur über die "Normalisierung", dagegen nicht über Grenzfragen sprechen lasse. Die letzten Grenzgespräche hatten im Jahre 1978 stattgefunden. TASS (engl., 14.1.83) betont, daß eine wirkliche Normalisierung der chinesischen Beziehungen erst dann stattfinden könne, wenn China klar und bedingungslos auf territoriale Ansprüche gegenüber der Sowjetunion verzichte; für die Sowjetunion gibt es keine "umstrittenen Gebiete"! Die Sowjetunion habe der VR China gegenüber schon des öfteren zum Ausdruck gebracht, daß sie keine derartigen Ansprüche gegenüber China verfolge.

Die zuständigen Stellen beider Staaten erreichten auch eine für beide Seiten befriedigende Vereinbarung über die Folgen aus einer Schiffskollision, die am 16. Oktober 1981 nahe Gibraltar stattgefunden hatte (XNA, 28.4.83).

In der Zwischenzeit gab es auch bereits Gerüchte, daß beide Staaten in verschiedenen Städten, u.a. in Shanghai und Leningrad, wieder Konsulate errichten wollten. Diese Aussage wurde allerdings vom Sprecher des Außenministeriums, Qi Huaiyuan, dementiert (XNA, 14.6.83).

Dagegen kamen beide Seiten darin überein, nach 20jähriger Pause wieder drei Handelsposten entlang der gemeinsamen Grenze zu eröffnen. Einer dieser Posten liegt - Erklärungen des chinesischen Außenhandelsministeriums zufolge - in der nordöstlichen Provinz Heilongjiang, die beiden anderen in der Autonomen Region Xinjiang. Die drei Durchgänge waren seit Anfang der sechziger Jahre geschlossen. Vermutlich ist die Wiederaufnahme des Grenzhandels bei der ersten oder zweiten "Normalisierungsrunde" vereinbart worden.

Auch die "volksdiplomatischen" Beziehungen sind erweitert worden. Im August 1983 reiste eine sowjetische Fußballmannschaft durch die Volksrepublik und trug unter anderem in Beijing und Shanghai Spiele aus (XNA, 15.8.83). Dies waren die ersten Wiederbegegnungen im Bereich des Fußballs seit der Wiederaufnahme der Sportbeziehungen zwischen China und der Sowjetunion. Umgekehrt besuchte ein chinesisches Gymnastikteam die Sowjetunion (RMRB, 23.4.83).

Seit Anfang 1983 ist auch der Touristenaustausch zwischen China und der Sowjetunion sowie einigen anderen osteuropäischen Ländern schrittweise wieder aufgenommen worden. Mit Ungarn, Rumänien und Polen wurden sogar entsprechende Abkommen geschlossen. Anfang Juli schickte Beijing eine ranghohe "Freundschafts"-Delegation nach Moskau, um auf diese Weise zu demonstrieren, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich ungeachtet des schleppenden Tempos bei den Normalisierungsverhandlungen schrittweise verbessern. Dies war die erste von der staatlichen Vereinigung für die Freundschaft mit dem Ausland zu sammengestellte Delegation Chinas, die seit vielen Jahren erstmals in die Sowjetunion kam.

Außerdem nahm China seit vielen

Jahren zum erstenmal auch wieder an den Moskauer Filmfestspielen im Juli 1983 teil. Im Mai 1983 hatten die sowjetische Gesellschaft für Freundschaft und Kulturbeziehungen mit dem Ausland sowie die Sowjetisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft eine Gratulationsfeier für den 85jährigen chinesischen Dramatiker Lao She veranstaltet (XNA, 5.5.83). In China fand umgekehrt eine Einhundertjahrfeier für Iwan Turgenjew statt (XNA, 16.6.83).

Im Juni 1983 wurde in Moskau eine Sinologenvereinigung gegründet. Michael Sladkovsky, Direktor des Fernost-Instituts der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, wurde zum Präsidenten der Vereinigung gewählt (XNA, 25.6.83).

Auch sonst Freundschaften: Am 27.7.1983 zitierte das sowjetische Parteiorgan "Prawda" einen Artikel des chinesischen Partei- und Regierungsorgans "Renmin Ribao", in dem die sowjetische Intervention gegen den "japanischen Faschismus" im Zweiten Weltkrieg gewürdigt wurde.

Am 31. März hielt die Sowjetisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft eine Feier anlässlich des sechzigsten Gedenktages zum "Beijing-Hankou-Eisenbahnstreik" ab, der auch als "Streik vom 7. Februar" in die Geschichte eingegangen ist und der eine Antwort der damals noch jungen chinesischen Gewerkschaften auf den Versuch einiger nordchinesischer Warlords war, den Aufbau von Gewerkschaften zu verhindern. Der Streik hatte damals sechs Tage lang den Eisenbahnverkehr zwischen Beijing und Wuhan zum Erliegen gebracht (XNA, 6.4.83).

Am 15. August begannen auch Verhandlungen über den Eisenbahnverkehr zwischen beiden Ländern, bei denen Handels- und technische Probleme im Zusammenhang mit dem Transfer von Import- und Exportgütern erörtert wurden.

Die Zahl der Kontakte kann sich also durchaus sehen lassen. Vor allem die chinesische Seite weist jedoch daraufhin, daß atmosphärische Verbesserungen allein noch nicht ausreichen; vielmehr müsse die Sowjetunion die drei chinesischen Grundforderungen ernst nehmen und hier ihren guten Willen nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten beweisen. Dies betonte nicht zuletzt Ministerpräsident Zhao Ziyang bei der Eröffnungssitzung zum 6. Volksgroßkongreß Anfang Juni 1983. Ob-

wohl er in seiner Rede beide Supermächte für die meisten Unruhen in der Welt verantwortlich machte, richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Sowjetunion, der er eine Bedrohung der Sicherheit Chinas vorwarf. Außerdem nimmt China Ereignisse in Afghanistan oder Indochina immer wieder zum Anlaß, um mit der sowjetischen Außenpolitik scharf ins Gericht zu gehen. Darüber wiederum beschwert sich beispielsweise die sowjetische Regierungszeitung "Iswestija", die in einem Artikel vom 19. April 1983 darauf hinweist, daß "Renmin Ribao" monatlich durchschnittlich 120-140 Artikel publiziere, in denen ein verzerrtes Bild der sowjetischen Außenpolitik gegeben werde. Bedauernd sei auch die "systematische Verbreitung" von Artikeln mit gänzlich unbegründeten Behauptungen über die "Inbesitznahme" chinesischer Territorien durch Rußland und die Sowjetunion wie über den "ungleichen Charakter" der im 19. Jahrhundert geschlossenen Verträge. Beijing verzögere offensichtlich absichtlich den gegenseitigen Annäherungsprozeß.

Am 29.7. gab Ministerpräsident Zhao Ziyang drei Prinzipien Chinas in seinen Beziehungen zu den beiden Supermächten bekannt. Sie lauten:

1. China lehnt konsequent den Hegemonismus ab, den die beiden Supermächte verfolgen.
2. China will normale zwischenstaatliche Beziehungen mit diesen beiden Ländern auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beibehalten und außerdem seinen Dialog mit der Sowjetunion und den USA fortsetzen.
3. Es gibt noch immer Hindernisse in der Entwicklung der Beziehungen zu den Supermächten, doch lägen diese Hindernisse nicht auf der Seite Chinas (XNA, 29.7.83).

Im übrigen werde der Einfluß der Supermächte immer mehr geschwächt, da der "Anti-Hegemonismus" sich mehr und mehr zur Haupttendenz auf der politischen Weltbühne entwickle: Die osteuropäischen Staaten steuerten zunehmend einen unabhängigeren Kurs und führten Reformen durch, die vom sowjetischen "Modell" abwichen; der Einfluß der KPdSU auf andere kommunistische Parteien lasse nach (XNA, 2.6.83).

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(3)

Die Tansam-Bahn: Wirft China dem schlechten Geld gutes nach?

Am 10. August 1983 wurde in Daressalam ein Abkommen zwischen den drei Regierungen von Tansania, Sambia und China geschlossen, dem zufolge Beijing sich verpflichtet, die Rückzahlung des im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau gewährten Darlehens um weitere zehn Jahre zu strecken. Ferner verpflichtete sich China, in Zukunft wieder vermehrte technische Hilfe bei der Unterhaltung der Bahnlinie zu leisten und für den Kauf von Eisenbahnersatzteilen weitere 30 Mio. Yuan (etwa 15 Mio. US\$) zu gewähren (XNA, 12.8.83). Außerdem soll von den drei Regierungen beschlossen worden sein, daß Chinesen in Zukunft nicht nur als Berater tätig sein, sondern auch unmittelbar im Management mitwirken sollen (Radio Daressalam, in SWB, 9.8.83).

Der Bau der Tansam-Bahn oder "Tazara" (Tansania-Zambia-Railway), wie sie heute genannt wird - hatte im Oktober 1970 begonnen und war am 27. Juni 1975 beendet worden. Die Bahn führt auf einer Länge von 1.859 km vom sambischen Kupfergürtel bis zur tansanischen Haupt- und Hafenstadt Daressalam. Am Bau dieser Linie, zu der ungefähr 2.000 Brücken und Viadukte, 19 Tunnel und 147 Bahnhöfe gehören, waren 15.000 Chinesen beteiligt. China hatte die Linie auch großzügig finanziert. Die rund 1,2 Mrd. DM Bau- summe sollte von beiden Ländern zu gleichen Teilen von 1983 an zinslos in 30 Jahren zurückgezahlt werden (vgl. dazu C.a., August 1975, Ü 61). Da Tansania und Sambia so gut wie zahlungsunfähig sind, mußte China aber in den sauren Apfel beißen und die oben erwähnte Rückzahlungsverlängerung gewähren.

Außerdem hatte China das gesamte Baumaterial - abgesehen von Zement - einschließlich von 200 Lokomotiven und 2.200 Waggons zur Verfügung gestellt.

China mußte mit der Bahn zahlreiche Enttäuschungen hinnehmen: Als die ersten Vereinbarungen über die Tazara im Jahre 1967 getroffen wurden, konnte das Projekt noch als anti-koloniales Vorzeigobjekt gelten. Damals war Sambia noch von "weißen Ländern" umgeben, nämlich Portugiesisch-Mozambique, Portugiesisch-Angola und Rhodesien. Als

die Bahn schließlich fertig war, waren Mozambique und Angola bereits selbständig geworden, und auch die weiße Herrschaft in Rhodesien befand sich in Auflösung.

Auch technologisch-wirtschaftlich lief nicht alles zum besten: Die Afrikaner pflegten Bahnkörper und rollendes Material nur ungenügend, so daß schon bald erhebliche Schäden eintraten und der Verkehr zum Teil stillgelegt werden mußte. Außerdem erhöhte Tansania laufend die Verschifungsgebühren im Hafen Daressalam, so daß Sambia sein Kupfer zum Teil wieder über Rhodesien oder aber über das Bahnnetz nach Westafrika verfrachtete (vgl. C.a., Dezember 1975, Ü 10).

Der tansanische Präsident Nyerere räumte ein, daß es schon schwierig genug sei, eine Eisenbahn zu bauen, daß es aber noch wichtiger ist, sie gut instand zu halten (XNA, 12.8.83).

Wie schon i.J. 1975 wurde auch diesmal, i.J. 1983, betont, daß es sich bei dem Projekt um eine modellhafte Kooperation zwischen drei Entwicklungsländern handle. Die neue Terminologie lautet: Die Tazara sei ein Musterfall für die "Süd-Süd-Zusammenarbeit".

Gab es für China andere Möglichkeiten, als in den sauren Apfel zu beißen und nochmals Kredite nachzuschließen? Das Projekt ganz einfach seinem Schicksal zu überlassen, hieße nicht nur, eine in der Vergangenheit als modellhaft empfundene Zusammenarbeit in den Sand zu schreiben, sondern auch all jene Versicherungen über Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern Lügen zu strafen, wie sie zuletzt erst wieder von Zhao Ziyang während seiner Afrika-Reise Ende 1982/Anfang 1983 so groß herausgestellt worden waren. China erfährt hier am eigenen Leibe, wie riskant Entwicklungshilfe sein kann, wenn sie sich nicht nur auf kleinere Projekte erstreckt, sondern kapitalintensiv ist. Vielleicht hat Beijing in Zukunft für die so häufig geschmähten "kapitalistischen Länder" mehr Verständnis.

-we-

ASIEN

(4)

Das Wechselbad der Beziehungen zu Australien

Der fünfte Kontinent war für China lange Zeit terra incognita. Am 28. November 1972 waren diplomatische Beziehungen aufgenommen

worden und zwei Ministerpräsidenten, nämlich Whitlam (1973) und Malcolm Fraser (1976 und 1982), haben China besucht. Das chinesische Interesse am südpazifischen Raum begann aber eigentlich erst mit den Jahren 1978/79, also mit den Vorgängen in Indochina und der zunehmenden Präsenz sowjetischer Flottenverbände im südostasiatischen und pazifischen Bereich. Die erste hochrangige chinesische Delegation unter der Leitung von Li Xiannian kam im April und Mai 1980 nach Papua-Neuguinea, Australien und Neuseeland (dazu ausführlich Weggel, "China im südpazifischen Raum", C.a., Mai 1980, S.412-414).

Im August 1982 stattete, wie erwähnt, der damalige australische Premierminister Malcolm Fraser der Volksrepublik einen Besuch ab, und im April 1983 unternahm Zhao Ziyang eine Südpazifik-Reise nach Australien und Neuseeland (XNA, 20.-25.4.83; RMRB, 25.4.83).

In den großen außenpolitischen Fragen besteht zwischen China und Australien Einigkeit. Australien hat eine doppelte Identität: Es fühlt sich dem Westen zugehörig und liegt doch gleichzeitig auf asiatischem Gebiet. Angesichts der wachsenden Präsenz sowjetischer Flottenverbände im Indik und Pazifik hat Australien eine Politik eingeschlagen, die dieser "Doppelzugehörigkeit" Rechnung trägt und einerseits seine traditionellen Beziehungen zum Westen in Form des ANZUK- und des ANZUS-Paktes verstärkt, andererseits sich bemüht, mit den Nachbarstaaten des ASEAN-Bereichs gemeinsame Sicherheitsüberlegungen anzustellen, Manöver durchzuführen und Zukunftsoptionen abzustecken.

Australien ist von allen Seiten mit "Dritter Welt" umgeben: Von fünf Millionen Melanesiern, Mikronesiern und Polynesiern auf rund 10.000 Inseln im Osten, von fast 300 Millionen ASEAN-Bewohnern im Norden und rund 60 Millionen Indochina-Bewohnern, die in drei inzwischen kommunistisch gewordenen Ländern leben. Es ist dies eine Region, wo die Sowjetunion zum Teil mit Erfolg (Cam Ranh, Danang), zum Teil mit Mißerfolg (Tonga) Basen zu errichten suchte. Australische Außenpolitik ist deshalb weitgehend identisch mit maritimer Vorwärtsverteidigung, die sich vor allem auf diesen Nachbarbereich richtet, die aber auch mit ferner liegenden Krisenherden kalkulieren muß, z.B. mit Afghanistan. Wohin immer sich auch das australische Auge wen-

det - überall zeigen sich im südostasiatisch-südpazifischen Bereich Phänomene, die als Ausdruck sowjetischen Expansionsstrebens gedeutet werden können. Es ist dies eine Argumentationsweise, die die in ausgeprägtester und klarster Weise von der VR China vertreten wird und die Beijing auch dem australischen Denken einpflanzen möchte. Chinesische Australienpolitik gerät deshalb allemale zur Belehrung und Indoktrination. Dies wurde besonders deutlich gegenüber der neuen sozialistischen Regierung Australiens, die bereits in ihr Wahlprogramm eine Wiederaufnahme und Intensivierung der Beziehungen zu Vietnam geschrieben hatte. Vor allem der australische Außenminister William Hayden, der im Sommer 1983 die drei indochinesischen Länder besuchte und anschließend auch in die VR China kam, mußte sich von seinen chinesischen Gesprächspartnern darüber belehren lassen, daß den Vietnamesen nicht mit Hilfe und freundschaftlichen Belehrungen, sondern nur durch gemeinsamen Druck einer anti-vietnamesischen Front beizukommen sei (vgl. z.B. XNA, 4., 5. und 6.8.83). Wohl selten hatte der australische Außenminister so häufig den belehrend erhobenen Finger gesehen wie während seiner drei Besuchstage in der VR China. Diese chinesische "Deutlichkeit" wurde allerdings dadurch wieder abgemildert, daß die Beijinger Gesprächspartner, vor allem Außenhandelsministerin Chen Muhua, eine weitere Intensivierung der Wirtschafts- und Technologiebeziehungen in Aussicht stellte (XNA, 5.8.83). Am Schluß gab Hayden dann zur Zufriedenheit seiner chinesischen Gesprächspartner doch noch zu verstehen, daß die Schwierigkeiten der Indochina-Frage durch die "Einmischung der Sowjetunion und durch die fortgesetzte Besetzung Kambodschas durch Vietnam" verursacht seien und daß es "keinem Land erlaubt werden könne, einen kleineren Nachbarstaat zu besetzen" (XNA, 5.8.83). Was Australien versuche, sei, einen Dialog zwischen den verschiedenen, am Konflikt beteiligten Parteien herbeizuführen und so ein "common understanding" zu ermöglichen. Dies war nun eine Aussage, der China in der Tat nicht widersprechen konnte, auch wenn es von einem solchen Dialog wenig hält (XNA, 4.8.83).

China hofft, Australien wieder auf jene Linie zurückgebracht zu haben, die die Fraser-Regierung gegenüber China und Indochina bezogen hatte. Sollte die australische Regierung sich nun tatsächlich dazu entschließen, die

Hilfe an Vietnam doch nicht aufzunehmen, so wäre jener Kurs fortgesetzt, der am Vorabend des Zhao-Ziyang-Besuches von den chinesischen Kommunikationsmitteln vorgezeichnet wurde:

- dichter gegenseitiger Kommunikationsaustausch, der sich nicht nur auf Politiker, sondern auch auf Wissenschaftler und Techniker sowie Kultur-, Kunst- und Sportgruppen bezieht. Regelmäßig sollen außerdem Konsultationen stattfinden, wie sie noch unter der Fraser-Regierung im Jahre 1980 zwischen den Vize-Außenministern Chinas und Australiens vereinbart worden waren.

- Auch die Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit soll erweitert werden. I.J. 1982 erreichte das Handelsvolumen zwischen China und Australien beispielsweise 1,12 Mrd. US\$. Australien ist inzwischen zu Chinas fünfgrößtem Handelspartner geworden. Im Vergleich zu 1972 haben sich Chinas Importe aus Australien um das 26fache und seine Exporte um das Vierfache gesteigert. China arbeitet mit Australien bei 27 technischen Projekten zusammen, die Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Industrie und Energie, Bildung und Management, Medizin und Gesundheitswesen umfassen und in die bis Ende 1982 35,5 Mio. australische Dollar investiert wurden. Australien unterstützt China beim Aufbau mehrerer Vieh-, Geflügel- und Baumwollfarmen, beim Bau von Hotels, Industrie- und Bergwerkprojekten. China leistet umgekehrt den Australiern Beistand beim Ausbau von Lizhi-Kulturen und errichtet in Geelong in der Nähe von Melbourne ein "chinesisches Stadtviertel" (XNA, 15.4.83). 1978 gewährte Australien der VR China den Präferenzstatus, den Entwicklungsländer beim Export ihrer Güter nach Australien genießen. China verkauft an Australien hauptsächlich Textilien und leichtindustrielle Produkte und kauft im Gegenzug australischen Weizen, Zucker, Wolle und Eisenerz. Auch zahlreiche Joint Ventures wurden zwischen beiden Ländern vereinbart, vor allem im Bereich der Landwirtschaft und des Hotelbauwesens. Junge Chinesen haben außerdem an australischen Expeditionen in die Antarktis teilgenommen. Der gegenseitige Kulturaustausch in den vergangenen Jahren umfaßte den Besuch chinesischer Akrobaten, Musiker und Puppenspieler sowie chinesische Ausstellungen von Kunstgegenständen aus der Ming- und Qing-Dynastie. Außerdem wurden eine Reihe von Patenschaften zwischen australischen und chinesi-

schen Städten begründet (XNA, 15.4.83).

Die Chinesen werden nicht müde zu betonen, daß diese positiven Beziehungen, die auf der Basis der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" beruhten, nicht durch eine neue Hanoi-Politik Canberras gestört werden dürften. Australische Hilfe würde Signalwirkung auf andere westliche Länder ausüben. Aus der Sicht Chinas gilt es, hier den Anfängen zu wehren, entsprechende "Ermahnungen" aber gleichzeitig mit wirtschaftlichen Angeboten zu versüßen.

Immer wieder weist China vor allem auf die "gespannten Beziehungen" zwischen der Sowjetunion und Australien hin. Zum Beispiel bedrohe die sowjetische Invasion in Afghanistan nicht nur den Frieden in Südwestasien und im Raum des Indischen Ozeans, sondern gefährde auch die Sicherheit Australiens im Südpazifik; Australien sei ja immerhin ein Land im Pazifik und liege nahe am Indischen Ozean. Australien verstärke deshalb ganz zu Recht sein Verteidigungspotential, koordineiere seine Zusammenarbeit mit den USA und den ASEAN-Staaten, führe mit ihnen gemeinsame Militärmanöver durch und bemühe sich um Neubelebung des ANZUK- und des ANZUS-Paktes (BRU 1981, Nr.11, S.10; zum Applaus für die ANZUS-Politik vgl. C.a., Juni 1981, Ü 5). Der ANZUS-Pakt (gegründet am 1. September 1951) hatte bei seiner 30. Konferenz im Juni 1981 gefordert, daß die Kambojscha- und Afghanistan-Probleme durch den Abzug der ausländischen Truppen gelöst werden müßten - eine Forderung, die von Beijing erwartungsgemäß (XNA, 24.6.81) mit Beifall bedacht wurde. Außerdem begrüßte China die gemeinsamen Marineübungen des Fünfmächtepaktes Australien, Großbritannien, Malaysia, Neuseeland und Singapur, die im Juni 1981 vor der Küste Malaysias stattfanden (XNA, 23.6.81) und die in verschiedenen Formen übrigens seither fortgesetzt wurden. Mit diesen Manövern war ja der alte ANZUK-(Australia, New Zealand, United Kingdom)Pakt neu belebt worden - eigentlich ein "Fünfmächteabkommen", das 1971 zwischen den Commonwealth-Mitgliedern Großbritannien, Australien, Neuseeland, Singapur und Malaysia geschlossen worden war. Das neubelebte Abkommen sorgt nicht nur für eine Querverbindung der beteiligten südostasiatischen Länder zu den USA (und zwar über den ANZUS-Pakt), sondern verhilft überdies den ASEAN-Nationen zu Trainings-

und Ausbildungsmöglichkeiten auf dem fünften Kontinent. Die Luftwaffe Singapurs beispielsweise darf einen Teil ihrer Keyhawk-Kampfbomber im australischen Nowra stationieren; außerdem sorgt das Bündnis dafür, daß die Standardisierung von Waffen sowie der Austausch von Informationen Fortschritte macht. Australien übernimmt auf dem Wege über den ANZUK-Pakt m.a.W. die Rolle eines Differentials zwischen den Nachbarn Malaysia und Singapur, die sich seit ihrer Trennung im Jahre 1965 militärisch immer noch nicht ganz einig geworden sind. Bis heute kann beispielsweise die Infanterie Singapurs nicht in Malaysia trainieren (muß stattdessen auf die Philippinen ausweichen) und braucht die Luftwaffe des Stadtstaates mit ihren immerhin 160 Kampfflugzeugen für jedes Überfliegen eine Sondergenehmigung der malaysischen Behörden. Zwar ist im Rahmen des ANZUK an kein gemeinsames Oberkommando gedacht; doch findet eine vielfältige Koordination statt, sei es nun, daß zwei australische Mirage-Geschwader im malaysischen Butterworth stationiert sind, daß Neuseeland ein Armeebataillon in Singapur hält und daß Großbritannien von Zeit zu Zeit Kriegsschiffe für gemeinsame Manöver zur Verfügung stellt oder sei es schließlich, daß ein integriertes Luftwaffenverteidigungssystem zwischen den Staaten aufrecht erhalten wird. ANZUS und ANZUK - diese beiden Begriffe klingen offensichtlich heute wie Musik in den chinesischen Ohren (z.B. die Stellungnahme in XNA, 16.6. und 20.7.1983). China möchte mit seinem Werben um Australien aber auch erreichen, daß sich der fünfte Kontinent stärker mit seiner asiatischen Rolle identifiziert und daß er sich nicht nur als "Horchposten des Westens" in Asien, sondern auch als Anwalt Asiens im Westen verwendet.

-we-

(5) Chinesische Flugzeug- entführer in Seoul verurteilt

Die sechs chinesischen Luftpiraten, die am 5. Mai 1983 ein Verkehrsflugzeug der staatlichen chinesischen Luftfahrtgesellschaft CAAC nach Südkorea entführt hatten, wurden am 18. August 1983 vom Seouler Strafgericht zu Haftstrafen zwischen vier und sechs Jahren verurteilt. Ihr Anführer, der 35jährige Zhuo Changren, erhielt eine sechsjährige Haftstrafe und damit vier Jahre weniger als vom Staatsanwalt gefordert (The Korea Herald,

19.8.83; s. auch C.a., Mai 1983, Ü 5 und 6).

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete die Urteile als zu mild. Eine ähnliche Ansicht wurde auch in der "Volkszeitung" vom 25. August vertreten.

-sch-

(6)

Pakistan bleibt der beste Freund Chinas in Asien

Ebenso wie im chinesisch-vietnamesischen und im chinesisch-sowjetischen Verhältnis hat sich in den chinesisch-pakistanischen Beziehungen im Laufe der Jahre eine Wendung um 180° ergeben: Stand Pakistan in den fünfziger Jahren wegen seiner prowestlichen Haltung und wegen seiner Feindschaft mit dem damals mit China so eng befreundeten Indien auf der Liste der chinesischen Gegner, so begann sich das Blatt hier mit den chinesisch-indischen Grenzspannungen zu wenden. Führte China mit Indien 1961/62 einen Grenzkrieg, so zeigte es sich Pakistan gegenüber großzügig und schloß mit diesem südasiatischen Nachbarstaat, mit dem die VR China auch gemeinsame Grenzen hat, 1961 einen Grenzvertrag ab und stellte sich in der Kaschmir-Frage hinter Pakistan. Noch bei jedem indisch-pakistanischen Krieg hat sich China seit her hinter Pakistan gestellt und ihm nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Hilfe in Form von Waffenlieferungen und der Lieferung einer ganzen Waffenfabrik zuteil werden lassen. Pakistan steht unter den Empfängern chinesischer Wirtschaftshilfe seit Jahren an erster Stelle. Damit zieht China am gleichen Strang wie die USA. Vor allem seit der Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion haben die USA ihre Waffenlieferungen an Pakistan laufend erhöht, um, wie es heißt, der "sowjetischen Bedrohung entgegenzutreten zu können". Auch die Saudis und einige Golf-Staaten unterstützen Pakistan in seinen militärischen Anstrengungen. Im Juni 1981 sagten die USA den Pakistanis die Lieferung von rund 40 F-16-Jägern zu -allerdings gegen Barzahlung. Daneben versprach Washington, "ausgewähltes Verteidigungsmaterial" bereitzustellen. Ab Oktober 1982 starteten die USA ein über fünf Jahre laufendes Programm im Wert von insgesamt 3 Mrd. \$, von dem vier Fünftel Waffenlieferungen, der Rest Wirtschaftshilfe darstellt. Die Chinesen begrüßten die Lieferung der 40 F-16-Jagdflugzeuge, deren Wert sich auf

1,1 Mrd. US\$ belief. Xinhua (XNA, 26.10.81) unterstellte allerdings, daß die "erhöhte Verteidigungsfähigkeit" Pakistans vor allem der Abwehr eines potentiellen Angriffs von seiten der Sowjetunion diene. Man solle nicht vergessen, daß in Afghanistan 85.000 sowjetische Soldaten stünden. Nicht erwähnt in dem chinesischen Bericht ist die Tatsache, daß die F-16-Flugzeuge auch Atomwaffen tragen können und daß China wiederholt beschuldigt wurde, die Pakistanis bei der Entwicklung ihrer Atomwaffe zu unterstützen. Nicht erwähnt ist ferner der Umstand, daß der Löwenanteil der pakistanischen Streitkräfte nicht nach Afghanistan, sondern nach Indien hin disloziert ist, und zwar rund 8 Divisionen gegen Indien und 4 gegen Pakistan. Diese Verteilung entspricht den pakistanischen Ängsten und auch dem aus drei verlorenen Kriegen entstandenen Trauma.

Die Sowjetunion, die hinter Indien genauso steht wie die USA hinter Pakistan, nahm die chinesisch-amerikanische Herausforderung an und versprach den Indern eine Staffel hochmoderner Kampfflugzeuge vom Typ MiG-25. Eine Staffel der indischen Luftwaffe besteht in der Regel aus 18 Maschinen. Die Ankündigung der MiG-25-Lieferung erfolgte, nachdem bekanntgegeben worden war, daß die amerikanische Regierung eine Lieferung der hochentwickelten F-16-Kampfflugzeuge an Pakistan erwäge.

Fast zur gleichen Zeit, also Mitte 1981, sah sich Indien einer neuen Gefahr gegenüber, nämlich einer möglichen Konföderation Pakistans mit Bangladesh, die ja am Ende nichts anderes bedeuten konnte als ein antiindisches Bündnis. In Indien gingen zu dieser Zeit Gerüchte über eine "große Verschwörung" um: Das Land werde von außen her durch die Nachbarstaaten eingekreist und gleichzeitig von innen her durch Entfremdung seiner Muslims ausgehöhlt. Bangladesh begann zu dieser Zeit übrigens auch gute Beziehungen zu China zu entwickeln, und es unterstützt die Chinesen beispielsweise voll bei ihrer Kambodscha-Politik. Die Botschafter Pakistans und Bangladeshs gehörten denn auch zu den fünf ersten, die der Regierung der DK-Dreierkoalition ihr Beglaubigungsschreiben überreichten.

Schon Mitte 1981 war damit eine Frontenbildung in Südasiens deutlich geworden: Hie Pakistan und Bangladesh, unterstützt von China und den USA sowie den "be-

freundeten" Ländern (XNA, 6.6.83) Birma, Nepal und Sri Lanka, dort Indien, unterstützt von der Sowjetunion.

Was China anbelangt, so war es von dieser Frontenstellung keineswegs begeistert. Vielmehr geht seine Politik seit Jahren darauf hin, Pakistan und Indien an den Verhandlungstisch zu bringen und jeder Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten Beifall zu klatschen. "Normalisierung" der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien - dies ist eine der Maximen der chinesischen Außenpolitik. Sie sollten sich darüber einigen, daß jedes Land das Recht hat, Waffen für seine Selbstverteidigung zu besitzen, sie sollten an den im Simla-Abkommen von 1972 vereinbarten Konsultationspflichten festhalten, sollten die Kontrolllinie, die nach dem Krieg von 1971 in Kaschmir entstanden ist, respektieren, also den Status quo in dieser Region aufrechterhalten, sollten sich in der Afghanistan-Frage darauf einigen, daß die Sowjetunion ihre Truppen zurückziehen habe, und sollten sich mit den anderen fünf Ländern Südasiens (Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka und Bangladesh) zu einer südasiatischen Gemeinschaft zusammenschließen (BRu 1981, Nr.26, S.8, 1982, Nr.46, S.13; XNA, 2.2.82 und 14.3.83). China begrüßte es auch, als beide Staaten am 13. März 1983 eine Vereinbarung über die Errichtung eines Gemeinsamen Ausschusses unterzeichneten (XNA, 14.3.83) und applaudierte auch den ersten Ergebnissen dieses Ausschusses, der vom 1. bis 4. Juni in Islamabad tagte und damit endete, daß die beiden Außenminister Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik, der Kultur, des Sports, des Tourismus und anderer Bereiche unterzeichneten. Ferner trafen beide Seiten eine Vereinbarung, der zufolge die Gebühren im beiderseitigen Postverkehr reduziert, die Telekommunikation verbessert und die Reiseformalitäten vereinfacht werden sollen.

Lediglich über den seit 1981 auf dem Tisch liegenden pakistanischen Vorschlag über einen Nichtangriffsvertrag, dem Indien einen Vorschlag über einen Friedens- und Freundschaftsvertrag entgegengestellt hatte, konnte noch keine Einigkeit erzielt werden, doch hätten sich, wie der chinesische Kommentar hinzufügt, beide Seiten bereiterklärt, über diese Themen weiter zu diskutieren (BRu 1983, Nr.25, S.11). Die Volkszeitung hatte den pakistanischen

schon Nichtangriffsvorschlag schon längere Zeit für höchst diskutabel erklärt (RMRB, 2.2.82). Damals hatte Indira Ghandi den pakistanischen Vorschlag noch als doppelzünftig abqualifiziert, da das Nachbarland sich ja gleichzeitig mit modernsten amerikanischen Waffen aufrüsten lasse und überhaupt eine "gewaltige Anhäufung von Waffen" betreiben gegen wen wohl!?

Angesichts der engen Verzahnung zwischen chinesischer und pakistanischer Politik haben sich Vertreter beider Staaten in den letzten Jahren häufig getroffen: Im Januar 1980 hatte der damalige Außenminister Huang Hua Pakistan - und hier u.a. auch afghanische Flüchtlingslager nahe Peshavar - besucht. Im Mai 1980 war der Präsident der Islamischen Republik Pakistan, Generaloberst Zia ul-Haq, in China gewesen. Ein weiteres Mal besuchte er das Land vom 17. bis 23. Oktober - sein insgesamt dritter Besuch in China. Im Juli 1983 schließlich kam der chinesische Außenminister Wu Xueqian nach Pakistan.

Was die internationale Politik angeht, so werden bei all diesen Treffen in der Regel große Themen in den Vordergrund gestellt, nämlich die (mit der Kambodscha-Frage aufs engste verzahnte) Afghanistan-Frage, ferner die pakistanisch-indischen Beziehungen und schließlich die Nahost-Frage. Kern der Afghanistan-Frage sei die militärische Invasion der Supermacht in diesem Land, die nur durch den totalen Abzug der sowjetischen Truppen wieder gelöst werden könne. Die Invasion habe auch zur Flucht eines Teils der afghanischen Bevölkerung geführt, von der sich nicht weniger als drei Millionen heute in Pakistan aufhielten.

Die pakistanisch-indischen Probleme müßten durch Konsultationen und durch den Abschluß eines Nichtangriffsvertrags gelöst werden.

In der Nahost-Frage stehen Pakistan und China strikt auf dem arabischen Standpunkt, dem zufolge Israel wegen seiner Libanon- und PLO-Politik verurteilt und dazu aufgefordert wird, seine Truppen aus allen besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, abzuziehen und den Palästinensern einen eigenen Staat zu überlassen, wobei der Acht-Punkte-Plan, der von den arabischen Staaten in Fes (Marokko) ausgearbeitet wurde, als Grundlage zu dienen habe (Außenminister: 25. bis 29. Juli 1983) (XNA, 15., 16., 17. und 18.10.82, 26.,

27. und 28.7.83).

(Bezeichnenderweise trat der neue pakistanische Außenminister Yaqub Khan seinen ersten Auslandsbesuch in China an, XNA, 23.4.82). Auch Wu Xueqian besuchte ein afghanisches Flüchtlingslager (RMRB, 29.7.83) - eine Tatsache, die von Radio Kabul dahin interpretiert wurde, daß sich nunmehr offensichtlich alle "Konterrevolutionäre" - die USA, die NATO-Alliierten und die VR China - verpflichtet fühlten, zu diesen Lagern zu "pilgern" (SWB, 30.7.83).

Die Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan erstreckt sich in der Zwischenzeit auf eine Fülle von Gebieten: Beide treiben intensiven Außenhandel miteinander; China hat den Pakistanis seit 1966 Hilfsgüter im Werte von ungefähr 2 Mrd. US\$ zukommen lassen; es hat - gemeinsam mit pakistanischen Straßenbaupionieren - die Karakorum-Straße ausgebaut, die von Chinesisch-Xinjiang bis Karatschi führt und die unter Umständen auch für Waffentransporte benutzt werden kann; es leistet militärische Hilfe für die pakistanische Armee (vor allem durch Lieferung von Panzern des Typs T-54 und T-59 und von Flugzeugen), und es soll den Pakistanis auch beim Bau einer eigenen Atombombe geholfen haben - eine Behauptung, die von China allerdings energisch bestritten wird.

Beim Besuch des Präsidenten Zia im Oktober 1982 wurde die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission vereinbart, die wirtschaftliche, kommerzielle, wissenschaftliche und technische Fragen der bilateralen Zusammenarbeit bearbeiten soll (zur A-Bomben-Hilfe IHT, 28.1.83). Die Kommission trat am 4. April 1983 zu ihrer ersten Sitzung an. Dabei wurde die Erweiterung von drei bereits laufenden chinesischen Projekten in Pakistan konkretisiert sowie eine Vereinbarung über die Gründung eines Joint Ventures für die Herstellung von Traktoren ausgearbeitet (XNA, 7.4.83).

Seit 1969 werden Jahr für Jahr Protokolle über den gemeinsamen Grenzhandel im Bereich Pakistan/Xinjiang unterzeichnet - so auch wieder am 29. August 1983 in Ürümqi/Chinesisch-Xinjiang (XNA, 29.8.83). Dieser Handel vollzieht sich fast ausschließlich über die Karakorum-Hochstraße, die damit also nicht nur einen militärischen, sondern auch durchaus außenhändlerischen Stellenwert hat. Am 4. April 1983 hatten beide Seiten

drei Protokolle über Handel, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über gemeinsame Erdölexploration getroffen.

Ähnlich wie im Falle Thailands stellt China auch den Pakistanis Hilfe für den Fall eines Angriffs auf dieses Land in Aussicht. Dies betonte Außenminister Wu bei einer Pressekonferenz in Karatschi am 29. Juli 1983. Wörtlich: "Im Falle eines Krieges, in dem Pakistan einer ausländischen Aggression ausgesetzt wäre, würden die chinesische Regierung und das chinesische Volk sicherlich dem pakistanischen Volk zur Seite stehen. Ich wünsche jedoch nicht, daß solche Möglichkeiten eintreten..." (XNA, 30.7.83). Ganz im Gegensatz dazu beschuldigt Radio Moskau China und Pakistan, den "pakistanisch besetzten Teil des indischen Bundesstaates Jammu und Kaschmir als 'strategisches Aufmarschgebiet zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten benachbarter Staaten' zu mißbrauchen". Hierbei spiele die Karakorum-Hochstraße als Zulieferungsgebiet für chinesische Waffen eine bedeutsame Rolle. Pakistan werde sowohl von der Regierung in Islamabad als auch von China als Waffenschleuse für die "afghanischen Konterrevolutionäre" benutzt (MD Asien, 16.7.82, S.3). -we-

(7)

China und Sri Lanka: Zurückhaltendes Urteil der Chinesen über die Rassenunruhen auf der Tropeninsel

Das "Tropenparadies" Sri Lanka wird von zahlreichen Problemen geplagt, z.B. von der monokulturell bedingten Außenhandelsabhängigkeit, von der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem aber von der "Tamilenfrage".

Die gesamte Geschichte des früheren "Ceylon" war eine Serie permanenter Auseinandersetzungen zwischen den hier seit dem 6. vorchristlichen Jahrhundert ansässigen Singhalesen einerseits und den periodisch einfallenden Tamil-Dynastien andererseits. Insgesamt gab es im Lauf der Geschichte nicht weniger als fünf große Tamilen-Invasionen, so daß die Tamilen im Laufe der Zeit zu einer Art Erbfeind der Singhalesen wurden.

Die Tamilen organisierten sich staatlich im Reich von Jaffna im Norden der Insel (1234), während im Süden zwei singhalesische Königreiche, nämlich das von Kotte (1347) und das von Kandy (1597) entstanden.

Während der portugiesischen und der holländischen Kolonialherrschaft blieben die singhalesischen und tamilischen Reiche voneinander getrennt. Erst mit dem Beginn der britischen Kolonialherrschaft wurden die singhalesischen und die tamilischen Teile 1833 zur Kolonie Ceylon vereinigt, wobei die Briten - ihrer traditionellen Politik des *divide et impera* folgend - die gelehrsameren und eifrigeren Tamilen zu Verwaltern und zu Managern ausbildeten, die über die Singhalesen zu bestimmen hatten. Beide Völker unterschieden sich nicht nur durch Sprache, Religion und Schrift, sondern wurden durch diese neue soziale Konfrontation gegeneinander aufgebracht.

Zusätzlich kamen zu den "Ceylon-Tamilen" im Laufe der britischen Kolonialherrschaft noch die "indischen Tamilen" hinzu, die zu Zehntausenden von der britischen Kolonialverwaltung als billige Plantagenarbeiter von Südindien herübergeholt wurden.

Solange die Engländer die Politik auf der Insel bestimmten, konnten die wachsenden Konflikte zwischen Singhalesen und Tamilen unter Kontrolle gehalten werden. Dies änderte sich mit der Unabhängigkeit i.J. 1948, als die Singhalesen, die 70% der Bevölkerung ausmachten, an die Macht kamen und versuchten, nicht nur die Reste der Kolonialherrschaft abzuschütteln, sondern auch die Tamilen loszuwerden oder sie zumindest zu Bürgern zweiter Klasse abzustempeln. Die indischen Tamilen wurden - dies war der erste Akt des Dramas - mit einem Federstrich zu "Staatenlosen" erklärt. I.J. 1956 führte die Regierung Solomon Bandaranaike unter der Parole "Singhalesen only" eine Reihe von tamilenfeindlichen Neuerungen ein - der zweite Akt. Vor allem wurde ein Großteil der Tamilen, die einst unter den Engländern in Ämter und Betriebe geschleust worden waren, nun daraus entfernt und der Zugang zu Universitäten weitgehend auf Singhalesen beschränkt. Unter anderem wurde das Singhalesische (anstelle des Englischen) zur Nationalsprache erklärt (Sprachengesetz von 1956), womit sich die Tamilen mit einem Mal zu Analphabeten degradiert sahen. Durch die Verfassung von 1952 wurde überdies der Buddhismus praktisch zur Staatsreligion erhoben. Bei der Verteilung von Posten im Öffentlichen Dienst und beim Militär sowie in staatlichen Betrieben, bei der Vergabe von Studienplätzen - fast überall gerieten die Tamilen ins Hintertreffen. Sie mußten auch erleben, wie singha-

lesische Bauern und Unternehmer in den Norden und Osten der Insel vordrangen und fühlten sich nach und nach in ihrem eigenen Land "kolonialisiert". Kurz: Ganz Sri Lanka füllte sich damals von Jahr zu Jahr mit Konfliktstoff und begann immer mehr zwei anderen Konfliktherden, nämlich Zypern und Nordirland, zu ähneln. Hier wie dort auch kam es zur Bildung vergleichbarer Widerstandsbewegungen und blutiger Ausbrüche.

Zum erstenmal entluden sich die Spannungen im Mai 1958. Damals wurden 400 Menschen getötet, und 12.000 Menschen verloren Häuser und Besitz. Weitere 12.000 Tamilen flohen aus dem südlichen und dem zentralen Ceylon in den tamilischen Norden. Weitere schwere Zusammenstöße ereigneten sich im August/September 1977 (diesmal kamen 113 Menschen ums Leben), und i.J.1981. Die bisher schwersten Auseinandersetzungen aber fanden Anfang August 1983 statt.

Die Regierung versuchte, den Konflikt durch mehrere Gegenmaßnahmen einzudämmen:

- 1964 beispielsweise wurde mit Indien ein Vertrag über die Rücksiedlung von rund 600.000 Tamilen nach Indien geschlossen. Insgesamt aber folgten nur 350.000 Tamilen diesem Ausweg.

- 1972 kam es zur Gründung der TULF (Tamil United Liberation Front), die unter der Parole der Gründung eines eigenen tamilischen Staats namens "Eilam" an den Parlamentswahlen von 1977 teilnahm und im ersten Anlauf schon zur zweitstärksten Fraktion wurde. Doch schon bald kam es zu Spaltungen innerhalb der TULF: Während die Honoratioren den parlamentarischen Weg bevorzugten, gingen die Jung-Tamilen - viele unter ihnen Opfer der Arbeitslosigkeit - seit 1977 den Weg des "bewaffneten Kampfes". Seit den Rassenunruhen von 1977 sind sie als "Tamil Tigers" bekannt und als Polizistenschreck berühmt geworden. Manchmal wurden sie mit der IRA oder der PLO verglichen. Zahlreiche Polizistenmorde führten zu regelrechten Verfolgungsjagden auf die "Tamilen-Tiger".

Neben repressiven Maßnahmen versuchte es die Regierung aber auch mit Zugeständnissen an die Tamilen. In der Verfassung von 1978 wurde das Tamil als "nationale" (freilich nicht als Staats-) Sprache anerkannt. Auch wurde die Diskriminierung beim Universitätszugang abgeschafft. Gleichzeitig ließ die Regierung regionale

Entwicklungsbehörden mit weitgehenden Selbstverwaltungsvollmachten für die beiden Tamilenprovinzen zu. Dieses Entgegenkommen wurde freilich von der TULF nicht etwa begrüßt, sondern als Gefährdung ihrer Existenzgrundlage sogar bekämpft. Sie wollten alles (nämlich ihren Tamilenstaat) oder nichts.

Die Ausschreitungen vom August 1983 begannen damit, daß die "Tamilen-Tiger" dreizehn singhalesische Soldaten, die im Norden der Insel auf Patrouille waren, erschossen. Ein Funke war damit ins Pulverfaß gefallen, der augenblicklich weitere Explosionen im ganzen Land, vor allem in der Hauptstadt Colombo, auslöste. (Die dort lebenden Tamilen machen zwar nur 9% der Bevölkerung aus, sie betreiben aber ein Drittel aller lokalen Unternehmen.) Zuerst wurden 37 tamilische Häftlinge in einem Gefängnis von Colombo durch den singhalesischen Mob massakriert, wobei das Gefängnispersonal zuschaute. Dann stürzten sich Einzeltrupps von Singhalesen auf Tamilen, plünderten ihre Häuser und steckten sie in Brand. Die Zusammenstöße forderten etwa dreihundert Tote und machten 50.000 Menschen obdachlos. Die Brandstiftung an Betrieben, Geschäften und Staatseinrichtungen verschärfte die ohnehin akute Arbeitslosigkeit; der Verkehr brach zusammen. Am 29. Juli verhängte die Regierung den Ausnahmezustand und verbot gleichzeitig die drei linken Oppositionsparteien, nämlich die KP Sri Lankas, die TULF und die Neue Sozialistische Partei.

Die chinesische Presse nahm zu diesen Ereignissen höchst zurückhaltend Stellung. Sie wies auf die Konflikte zwischen den 70% buddhistischen Singhalesen und den rund 20% Hindu-Tamilen hin, die sich wiederum in Sri-Lanka- und in Indien-Tamilen gliederten. Erwähnt wird auch die Tamilen-Tiger-Guerrilla-Organisation, deren Mitglieder am 23. Juli "einen Militärlastwagen aus dem Hinterhalt angriffen und 13 singhalesische Soldaten in Jaffna töteten". Die Singhalesen hätten darauf zurückgeschlagen, und so sei es zu landesweiten Unruhen gekommen. Die Regierung habe alles getan, um die Konflikte abzubauen. Unter anderem habe sie einen Kompromiß in der Sprachenfrage gesucht. Schließlich sei sie zur Verhängung des Ausnahmezustands gezwungen gewesen und habe unter anderem drei politische Parteien verboten (so z.B. BRu, 1983, Nr.33, S.12 f.).

Kein Wort der Empörung über das Verbot der Sri Lanka KP und die Verhaftung ihrer Spitzenmitglieder, kein lobendes Wort auch für die Tamil Tigers, die Mitte der sechziger Jahre ganz bestimmt noch von China als Fackelträger der Befreiung begrüßt worden wären und keine Suche nach Konfliktursachen in der gegenwärtigen Regierungspolitik oder in der Politik der früheren Regierung Bandaranaike! Im Gegenteil: Man hält der Regierung zugute, daß sie alles getan habe, was in ihren Kräften stand.

Diese "sanfte Beurteilung" der Regierung hängt zusammen mit der generellen Sri-Lanka-Politik Chinas, die seit Jahren nur "freundschaftliche" Beziehungen mit Colombo konstatiert (so z.B. die Erklärungen der beiden Außenminister beim Besuch Huang Huas im Juli 1981, XNA, 3.7.81) und die nur Positives über Sri Lanka berichten: Der Inselstaat ist einer jener Nachbarn Indiens, mit denen China ein ideales "Teile-und-herrsche"-Spiel durchführen kann, und die eine Außenpolitik betreiben, die bisweilen geradezu ideal in die anti-hegemonistische Politik Chinas paßt, z.B. die Forderung Sri Lankas nach einer atomwaffenfreien Zone im Indischen Ozean.

-we-

(8) Der thailändische Schulterschluß mit China wird noch enger

Vier auf hoher Ebene angesiedelte gegenseitige Visiten haben in den vergangenen Monaten erneut gezeigt, daß die seit 1979/80 eingeleitete offizielle Freundschaft zwischen China und dem Königreich Thailand keine "Eintagsfliege" geblieben ist.

Vom 17. bis 20. November 1982 stattete Ministerpräsident Prem der VR China einen offiziellen Besuch ab, in dessen Verlauf eine nahtlose Gemeinsamkeit beider Länder in der Kambodscha-Frage festgestellt wurde. Beide Seiten wiesen darauf hin, daß die Invasion Vietnams in Kambodscha kein regionales, sondern ein internationales Ereignis sei, daß es des weiteren enge Zusammenhänge zwischen der Afghanistan- und der Kambodscha-Frage gebe, daß das Kambodscha-Dilemma nur durch den vollständigen Rückzug der vietnamesischen Truppen zu lösen sei und daß der DK-Dreierkoalition volle Unterstützung zu gewähren sei (XNA, 17.11.82). Ferner müßten sich beide Seiten bemühen, ihre Gemeinsamkeiten zu maximieren und vor allem auf Ge-

bieten wie Handel, Luftfahrt, Wissenschaft und Technik sowie Kultur und Sport noch enger zusammenzuarbeiten. Beide Seiten sollten gemeinsam verstärkten Druck auf Vietnam ausüben.

Auf einem Bankett am 17.11.1982 hatte Ministerpräsident Zhao Ziyang nochmals feierlich versichert, daß "die chinesische Regierung und das chinesische Volk fest an der Seite Thailands stehen und dem thailändischen Volk 'im Falle eines Angriffs der 'vietnamesischen Behörden', 'vollständige Unterstützung gewähren'" (XNA, 18.11.1982). Was unter "vollständiger Unterstützung" zu verstehen ist, wurde auch diesmal nicht näher präzisiert. Offensichtlich halten beide Seiten diese Frage offen, um bei den Vietnamesen Nachdenklichkeit auszulösen. Nach allem, was an Diskussionen innerhalb der chinesischen Führung nach außen gedrungen ist, dürfte aber ein zweiter "Erziehungsfeldzug" gegen Vietnam nicht mehr in Frage kommen; der erste war kostspielig und blamabel genug!

Anfang August kam eine Delegation des thailändischen Unterhauses nach China, die unter anderem von Staatspräsident Li Xian-nian empfangen wurde. Es war viel von "beiderseitiger Freundschaft" und - ebenfalls - von gemeinsamen Auffassungen in der Kambodscha-Frage die Rede (XNA, 12.8.83).

Vom 30. Juli bis 2. August hielt sich Außenminister Wu Xueqian - gerade aus Pakistan kommend - zu einem offiziellen "Freundschaftsbesuch" in Thailand auf. Es fällt auf, daß sich an den Themen und Übereinstimmungen gegenüber früher nichts geändert hat. Als beispielsweise der Vorgänger Wus, Huang Hua, vom 6. bis zum 10. Mai 1980 Thailand besuchte, gab es dieselbe nahtlose Übereinstimmung in denselben Fragen: vietnamesischer Totalabzug als Voraussetzung für die Lösung der Kambodscha-Frage; vietnamesischer Angriff auf Kambodscha als Ursache des Flüchtlingsproblems; Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den USA bei der Verteidigung Thailands; Zusammengehörigkeit von Kambodscha- und Afghanistan-Frage; gemeinsame Besorgnis über die wachsende Präsenz der Sowjetunion im Bereich der Malakka-Straße; keine Unterstützung der thailändischen KP durch China (der früher von China mitunterstützte thailändische Partisanensender "Stimme des Volkes von Thailand" hatte bereits Mitte 1979 seine Anti-Bangkok-Sendungen eingestellt). Damals

gab es freilich noch einige Sonderprobleme, die heute überholt sind, nämlich die gemeinsame Teilnahme an einer geplanten Genfer Indochina-Konferenz und die Nicht-Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau. (Einzelheiten dazu C.a., Juli 1980, Ü 6)

Neben solchen Themen waren sich beide Seiten auch darüber einig, daß gemeinsam "Druck" auf Vietnam im Hinblick auf eine politische Lösung der Kambodscha-Frage ausgeübt werden müsse (XNA, 1.8.83). Die KPTh-Frage sei, wie Wu betonte, ein "internes Problem Thailands, in das China sich nicht einmischen wird" (XNA, 2.8.83). Bereits im September 1982 hatte einer der in der KPTh-Bewegung einst führenden Kader, Mongkhon na Nakhon, bei der thailändischen Regierung um die Erlaubnis nachgesucht, nach Thailand zurückkehren zu dürfen. Mongkhon, dem diese Erlaubnis sodann erteilt wurde, hatte mehrere Jahre im Exil in China gelebt. Offensichtlich sind die Chinesen froh, daß sie peinliche "Präsenzen" dieser Art nach und nach loswerden.

Beide Staaten wollten auch in Zukunft friedlich nach den Grundsätzen der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zusammenarbeiten. Wu wurde unter anderem auch vom thailändischen König empfangen (XNA, 2.8.83).

Die Chinesen stellten immer wieder den engen Zusammenhang zwischen dem Pakistan- und dem Thailandbesuch des chinesischen Außenministers heraus: Der Kontext von Afghanistan- und Indochina-Frage sollte damit betont werden. (Weitere Einzelheiten zum chinesisch-thailändischen Verhältnis in C.a., Januar 1981, Ü 12; im Zusammenhang mit dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Bangkok, und C.a., August 1981, S.516; Weiterer Besuch Zhaos in Bangkok)

Hanoi bezeichnete den Besuch Wus in Thailand als chinesischen Versuch, unter Benützung des "sog. Kambodscha-Problems" die "sog. vietnamesische Gefahr" an die Wand zu malen und so die ASEAN-Länder gegen die Indochina-Staaten aufzuhetzen, also die Staaten Südostasiens auseinanderzudividieren (Radio Hanoi in SWB, 4.8.1983).

Mitte August schließlich besuchte der Oberkommandierende der thailändischen Truppen, General Saiyut Koetphon, die Volksrepublik China und reiste unter ande-

rem auch nach Kunming, also an die "Yunnan-Front", die direkt an Vietnam anschließt (XNA, 22.8.83). Auch hier war m.a.W. der Kontext klargestellt. Außenminister Wu hatte bei einer Pressekonzferenz in Bangkok betont, daß China es sich vorbehalte, den Vietnamesen notfalls eine "zweite Lektion" zu erteilen und daß Thailand und China bei der gemeinsamen Hilfe für das DK auch künftig zusammenarbeiten wollten.

Inzwischen liegen Anhaltspunkte vor, daß in Thailand eine neue moskauorientierte KP im Entstehen ist. Nachdem die meisten Mitglieder der früher pro-chinesisch eingestellten KPTh sich im März 1983 im Gebiet von That Phanom den Regierungstruppen gestellt hatten, waren einige kompromißlose Kader dazu übergegangen, eine separate Bewegung mit dem Namen "Bewegung Grüner Stern" zu gründen, die enge Kontakte zu Vietnam und zur Sowjetunion unterhält (Bangkok Post, 5.7.83). Die Zahl der Mitglieder dieser neuen Bewegung dürfte allerdings höchstens bei zweihundert bis dreihundert liegen. Vorerst ist nicht klar, ob die "Bewegung Grüner Stern" lediglich eine Fraktion innerhalb der pro-sowjetischen Phak-Mai-Partei ist, die von Laos aus operiert, oder ob es sich hier um eine neue eigenständige Gruppierung handelt. Die neue Bewegung setzt sich aus Vietnamesen, Laoten und Thais zusammen. Daneben gebe es auch Anzeichen für eine neue Bewegung unter dem Namen "Bewegung Gelber Stern". Auch bei dieser Gruppierung ist man sich in Bangkok Regierungskreisen ganz sicher, daß sie nicht chinesische Unterstützung hat.

Das Beziehungsgefüge zwischen Thailand und China wird auch noch durch volksdiplomatische Verbindungen dichter geknüpft. Unter anderem fand in Bangkok im Juli 1983 eine chinesische Kunst- und Handwerksausstellung statt (XNA, 29.7.83). Am 15. August schenkte der thailändische Sangha, also die Mönchsvereinigung des Landes, fünf buddhistische Bronzestatuen an die Chinesische Buddhistische Vereinigung. Die Zeremonie fand in Gegenwart des früheren Premierministers Kriangsak in Bangkok statt (XNA, 16.8.83).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(9)

China bei der UNO-Konferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung

Die 2. Weltkonferenz der Vereinten Nationen gegen Rassismus und Rassendiskriminierung fand Anfang August 1983 in Genf statt. Zhao Ziyang übersandte am 1. August ein Telegramm, in dem er die chinesische Unterstützung für die Ziele der Konferenz zum Ausdruck brachte. Allerdings wandte sich Zhao in diesem Schreiben lediglich gegen das Apartheid-System. Andere Fragen wurden nicht berührt, z.B. die Investitionen der USA oder westeuropäischer Länder in Südafrika oder aber die Subsumtion der israelischen Politik in den besetzten arabischen Gebieten unter die Kategorie des "Rassismus".

An der Konferenz nahm - neben rund hundert anderen Ländern und internationalen Organisationen - auch das Demokratische Kambodscha teil - und zwar in der Person des Vizepräsidenten der Dreierkoalition, Khieu Samphan. Als Samphan bei seiner Rede Vietnam des Völkermordes in Kambodscha beschuldigte, verließen Vertreter des Ostblocks (u.a. der Sowjetunion) sowie Syriens den Konferenzsaal (Kommentare in XNA, 1., 11. und 15.8.83).

-we-

(10)

China tritt der Weltzoll-Organisation bei

Am 8. Juli 1983 trat China als 95. Mitgliedstaat dem Zollkooperationsrat bei, der sein Hauptquartier in Brüssel hat.

Die Aufgaben der Weltzoll-Organisation bestehen darin, die Zusammenarbeit zwischen den Zollämtern der Mitgliedstaaten zu fördern, die Zollbestimmungen und die Zolltechnik zu verbessern, Zollkonventionen verschiedener Art zu entwerfen, Zolldaten auszutauschen und die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen zu ermöglichen.

Die Weltzoll-Organisation wurde 1953 gegründet und war zunächst hauptsächlich auf die europäischen Staaten beschränkt. Seit ihrer Gründung wurden 14 Konventionen ausgearbeitet.

-we-

(11)

China tritt der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) bei

Am 14. August traf Außenminister Wu Xueqian in Beijing mit dem Generaldirektor der IAEA, Hans Blix, zu Gesprächen über den Beitritt Chinas zusammen. Wu betonte, China erhoffe sich Hilfe vom IAEA, könne aber auch seinerseits dieser internationalen Behörde mit Rat und Tat dienen, so daß dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens Rechnung getragen sei. Blix betonte, ohne China sei keine Organisation wirklich international. China solle seinen Beitrittsantrag möglichst bald stellen.

Hauptproblem ist auch hier wieder die Taiwan-Frage - allerdings nicht im üblichen Sinne. Taiwan wurde nämlich bereits 1971 - mit dem Beitritt der VR China zur UNO - aus der IAEA ausgeschlossen. Beijing möchte nun sichergestellt sehen, daß Taiwan auch nach einem Beitritt Beijings zur IAEA weiterhin nuklear überwacht wird.

China betont ferner, daß sein Beitritt zur IAEA keineswegs eine Änderung seines Standpunktes zum "Vertrag über die Nicht-Weitergabe von Atomwaffen" mit sich bringe. Die chinesische Regierung habe immer wieder ihre höchst kritische Einstellung zu diesem multilateralen Vertragswerk bekundet. China werde die Weitergabe von Atomwaffen weder unterstützen noch ermöglichen.

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(12)

China führt Ausländer-Personalausweise ein

In einer von der Stadt Beijing am 12. August veröffentlichten Mitteilung heißt es, daß alle in Beijing gemeldeten ausländischen Geschäftsleute bis Ende September 1983 Ausweise erhalten, die in Zukunft stets vorzulegen sind, bevor die Ausweisträger mit chinesischen Organisationen, Unternehmen und anderen Einrichtungen geschäftlich in Verbindung treten. Nicht gemeldeten Ausländern oder Ausländern ohne Ausweis wird es nicht gestattet sein, Geschäfte abzuwickeln. Auch an Vertreter von Firmen aus Hong Kong, Macao sowie an überseeische Geschäftsleute werden Papiere ausgegeben (XNA, 12.8.83).

-we-